Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9721**

17. Wahlperiode 22. 05. 2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Sportausschusses (5. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Gerster, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Petra Ernstberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/7955 –

Förderung eines offenen Umgangs mit Homosexualität im Sport

A. Problem

Der Sport vermittelt vielfältige Werte. Fairness, Toleranz und gegenseitiger Respekt gehören ebenso dazu wie die herausragende gesellschaftliche Leistung des Sports, Brücken zwischen Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft, Kultur oder Glaubensrichtungen zu bauen. Homosexualität und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität sind jedoch noch immer ein Tabuthema im Sport. Insbesondere im Nationalsport Fußball gibt es noch immer Ausgrenzungen und verbale Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Kosten wurden nicht erörtert.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Wurde nicht erörtert.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Wurde nicht erörtert.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Wurden nicht erörtert.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Wurde nicht erörtert.

F. Weitere Kosten

Weitere Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/7955 abzulehnen.

Berlin, den 22. Mai 2012

Der Sportausschuss

Dagmar Freitag
Vorsitzende

Klaus Riegert
Berichterstatter

Martin Gerster
Berichterstatter

Dr. Lutz Knopek
Berichterstatter

Katrin Kunert
Berichterstatterin

Viola von Cramon-Taubadel
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Klaus Riegert, Martin Gerster, Dr. Lutz Knopek, Katrin Kunert und Viola von Cramon-Taubadel

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/7955** in seiner 146. Sitzung am 1. Dezember 2011 beraten und an den Sportausschuss zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Verteidigungsausschuss und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Homosexualität im Sport ist noch immer ein Tabuthema. Die Probleme auf dem Weg hin zu einem offenen Umgang mit diesem Thema können nur gemeinsam von Politik und Sport gelöst werden. Der Antrag fordert, Initiativen im Sport durch Bund und Länder zu unterstützen, um die Entwicklung hin zu einem offenen Umgang mit Homosexualität voranzutreiben. Der Bund soll Impulsgeber für Diskussionen und Veränderungen sein und auch im Sport sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass sich Aktive offen zu ihrer sexuellen Identität bekennen können. Hierzu bedarf es eines breiten Ansatzes im Leistungs- und Breitensport und intensiver Bemühungen im Bildungssystem und der Jugendarbeit in den Sportvereinen. Neben allgemeinen Bildungsbemühungen sind insbesondere Aktivitäten in den Sportvereinen vor Ort nötig. Viele Vereine sind mit dieser Aufgabe jedoch überfordert und müssen durch Sportverbände und Behörden von Bund und Land beraten und unterstützt werden. Darüber hinaus ist staatlicher Schutz vor Diskriminierung und ggf. Strafverfolgung erforderlich, wenn öffentliche Verunglimpfungen und Übergriffe vorkommen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Mittel für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) im Haushalt 2012 um 2,7 Mio. Euro auf den von der Koalition der Fraktionen der CDU/CSU und FDP avisierten Ansatz von 5,6 Mio. Euro zu erhöhen und durch die ADS zusätzliche Aktivitäten im Bereich der Antidiskriminierung aufgrund der sexuellen Identität zu entfalten;
2. die Übertragung von positiven Erfahrungen aus der Antirassismusarbeit des Deutschen Fußball-Bundes e. V. (DFB) und der Fanprojekte zu fördern und zu diesem Zweck insbesondere Kooperationsvorhaben zwischen Lesben- und Schwulenverbänden sowie Sportvereinen oder Fanprojekten zu unterstützen;
3. die Fortbildung von Trainerinnen und Trainern sowie die Entwicklung von Ausbildungskonzepten zur Sensibilisierung für das Thema Homosexualität zu fördern. Über den Einsatz an den Bundesleistungszentren hinaus sollten diese Konzepte und Materialien für die Jugendarbeit von Spitzenverbänden und Sportvereinen zur Verfügung gestellt werden;
4. eine breit angelegte Kampagne für „Vielfalt“ im Sport anzuregen und zu fördern, die an die erfolgreichen Antirassismus-Kampagnen vom DFB und Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) anknüpft und ebenso stark für die Vorbeugung gegen Homophobie wirbt. Eine Zusammenarbeit mit dem Bündnis für Demokratie und Toleranz oder der Bundeszentrale für politische Bildung wäre hier zu prüfen;
5. in Abstimmung mit den Ländern die Bildung eines dezentralen Netzes von Beratungsstellen der Sportverbände zu fördern, an die sich von Diskriminierungen betroffene homosexuelle Sportler und Sportlerinnen wenden können;
6. wissenschaftliche Forschung über die Mechanismen von „Homophobie im Sport“ sowie mögliche Gegenstrategien, beispielsweise im Rahmen der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld oder des Bundesinstituts für Sportwissenschaft, gezielt zu fördern.

Im Einzelnen wird auf die Drucksache 17/7955 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat in seiner 70. Sitzung am 28. März 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 79. Sitzung am 28. März 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat in seiner 114. Sitzung am 28. März 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 63. Sitzung am 28. März 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Sportausschuss** hat die Vorlage in seiner 49. Sitzung am 28. März 2012 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und FDP** erklärten, dass der Antrag der Fraktion der SPD zur Förderung eines offenen Umgangs mit Homosexualität im Sport inhaltliche und formale Schwächen aufweist, wie auch die darin verfolgte Zielperspektive aus sportpolitischer Sicht nicht mitgetragen wird.

Aufgrund der Bedeutung des Themas hatte sich der Sportausschuss bereits in einer Sitzung am 13. April 2011 mit dem Ta-

gesordnungspunkt Homosexualität im Sport befasst. Das persönliche Sich-Bekennen von Sportlerinnen und Sportlern mit Blick auf die sexuelle Orientierung wird grundsätzlich begrüßt, gleichwohl dies aber nicht von der Politik eingefordert werden kann. Entgegen der Position der Fraktion der SPD betrifft die sexuelle Orientierung die Privatsphäre von Sportlerinnen und Sportlern. Niemand sollte zu einer derartigen Offenbarung gedrängt werden. Die Fraktion der CDU/CSU spricht sich gegen jegliche Form von Diskriminierung und Homophobie im und außerhalb des Sports aus. Der 12. Sportbericht der Bundesregierung gibt dabei einen Überblick über die zahlreichen Programme und Maßnahmen der Bundesregierung für mehr Toleranz im Sport.

Der Forderung im SPD-Antrag, die Mittel der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) im Haushalt 2012 (auf 5,6 Mio. Euro) annähernd zu verdoppeln, wird als unverhältnismäßig erachtet und steht der Einigung bezüglich des Gesamthaushaltes entgegen. Trotz der Konsolidierung des Bundeshaushaltes wurde der jetzige Ansatz der ADS nur minimal verändert, um eine solide finanzielle Ausstattung und breite inhaltliche Arbeit zu gewährleisten. Der DFB setzt sich zusammen mit verschiedenen (Sport-)Vereinen und Organisationen bereits für die Anliegen homosexueller Sportlerinnen und Sportler ein. Für Programme und Initiativen im Breitensport sind aufgrund der Kompetenzverteilung grundsätzlich die Bundesländer zuständig. Gleichwohl macht sich die Bundesregierung zusammen mit dem DOSB für Programme im Bereich „Diversity“ stark. Eine breit angelegte Kampagne zusammen mit dem DFB und dem DOSB gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Sport wird zurzeit als Priorität – vor anderen zukünftig möglichen Initiativen – erachtet. Die einzelnen Landes- und Stadtsportbünde bilden bereits ein dezentrales Netzwerk zur Bekämpfung von Homophobie und Ausgrenzung. Die Unterstützung der Einrichtung entsprechender Beratungsstellen im Sport liegt in der Zuständigkeit der Bundesländer. Das Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) ist entgegen der SPD-Forderung allein für die Spitzensportforschung zuständig.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, Homosexualität im Sport ist immer noch ein Tabuthema. Der Antrag der Fraktion der SPD (Bundestagsdrucksache 17/7955) ist aktuell wie nie. Sie will die Förderung eines offenen Umgangs mit Homosexualität im Sport. Obwohl Sport für Werte wie Fairness, Toleranz und gegenseitigen Respekt steht, gibt es Ausgrenzungen und verbale Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung. Sich offen zu seiner sexuellen Identität bekennen zu können, ist Ausdruck des Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit nach Artikel 2 Absatz 1 des Grundgesetzes. Niemand darf Furcht vor Diskriminierung haben. Es gibt viele Initiativen und Projekte, in denen schwul-lesbische Sportler aktiv werden können. Auch Studien zu dem Thema werden immer öfter unternommen. Vereine haben schwul-lesbische Fanclubs, und weltweit werden homosexuelle Wettkämpfe durchgeführt – etwa die „Gay Games“ in San Francisco oder die „European Games“ in Den Haag. Die „Respect Gaymes“ in Berlin werben ebenfalls für Respekt für Schwule und Lesben. Das reicht aber nicht. Erst im Zuge eines allgemeinen Wandels der Einstellungen entsteht ein gesellschaftliches Klima, in dem auch Spitzensportlerinnen und Spitzensportler selbstbewusst – auch öffentlich – ihre Homosexualität benennen werden. Die Fraktion der SPD wünscht sich aufgrund ihrer Vorbildfunktion offen schwule und lesbische Spitzensportlerinnen und Spitzensportler, um den Meinungswandel in der Gesellschaft zu befördern. Sie verdienen Rückendeckung aus Politik und Gesellschaft, wenn sie sich zu diesem Schritt entschließen. Neben allgemeinen Bildungsbemühungen sind in dieser Frage vor allem Aktivitäten der Sportvereine vor Ort nötig. Viele Vereine sind damit allein überfordert und bedürfen fachlicher Beratung und Unterstützung durch Sportverbände und Behörden von Bund und Land. Daher fordert die Fraktion der SPD die Bundesregierung zu einem Maßnahmenbündel auf.

Die **Fraktion DIE LINKE.** begrüßt diesen Antrag außerordentlich. Offenen Umgang mit Homosexualität im Sport und damit in der Gesellschaft zu fördern ist wichtig. Homophobie und Diskriminierung gegenüber Homosexuellen sind in der Gesellschaft nach wie vor ein Problem. Neben verbalen Attacken kommt es auch zu gewalttätigen Übergriffen. Gerade im Sport, wo noch traditionelle Rollenbilder dominieren, wird Homosexualität überwiegend abgelehnt. Homosexuelle Sportlerinnen und Sportler verstecken ihre Sexualität in vielen Fällen und verheimlichen Partner oder Partnerin. Dadurch leiden viele von ihnen, was negative Auswirkungen auf Gesundheit und Leistungsfähigkeit haben kann. Homophobie steht den Grundwerten und positiven Funktionen des Sports, wie Toleranz, Integration und Teamfähigkeit, entgegen und konterkariert diese. Daher ist es auch im Interesse der Fraktion DIE LINKE., diese grundlegenden Werte des Sports zu schützen und sich gegen jegliche Art der Diskriminierung starkzumachen. Alle Menschen sollen die Möglichkeit haben, Sport zu treiben, unabhängig von sozialen, ethnischen, sexuellen oder religiösen Hintergründen. Der vorliegende Antrag stellt die Situation der Homosexuellen umfangreich dar und erläutert, dass ein öffentliches Outing von Sportlerinnen und Sportlern zur Bedrohung der eigenen Karriere werden kann. Da ein großer Teil der Gesellschaft Vorbehalte gegenüber dem Thema Homosexualität hat, wird es entweder totgeschwiegen oder als Sensation behandelt. Von einem offenen und selbstverständlichen Umgang ist man oft noch weit entfernt. Der Antrag enthält insgesamt sechs Forderungen, in denen bestimmt wird, wie man offenen Umgang mit Homosexualität im Sport fördern kann. Beispielhaft ist hier die Forderung nach einer Erhöhung der finanziellen Mittel für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) und der stärkeren Vernetzung mit den Fanprojekten zu nennen. Weiterhin sollte auch die Bewusstseinsbildung durch Aus- und Fortbildungskonzepte gestärkt werden. Außerdem sollen eine Aufklärungskampagne entwickelt und mehr Beratungsstellen geschaffen werden. Wichtig ist, dass umfassende Maßnahmen gefördert werden, denn den Anfeindungen sind nicht nur Sportlerinnen und Sportler, sondern auch Trainerinnen und Trainer und nicht zuletzt die Fans selbst ausgesetzt. Die Fraktion DIE LINKE. stimmt dem Anliegen des Antrags zu, dass diese Probleme nicht länger ignoriert werden dürfen. Wo Schweigen ist, entstehen Vorurteile und homophobe Einstellungen. Dieser Antrag ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem Wandel, um Homosexualität im Sport und Vielfalt in der Gesellschaft sichtbar zu machen. Die Forderungen sind grundsätzlich positiv und gehen in eine gute Richtung. Kritisch ist jedoch anzumerken, dass der Antrag sehr allgemein gehalten und nur auf die Homosexualität beschränkt ist. Trans- und intersexuelle Sport-

lerinnen und Sportler wurden hier nicht berücksichtigt, obwohl sie im Sport in gleichem Maße Diskriminierungen ausgesetzt sind. Außerdem wäre es sinnvoll gewesen, der Bundesregierung aufzutragen, ihren internationalen Einfluss geltend zu machen und sich für sexuelle Vielfalt auch im Sport einzusetzen. In vielen Ländern ist Homosexualität nach wie vor strafbar und in sieben Ländern sogar unter Todesstrafe gestellt. Trotz dieser kleinen Kritikpunkte kann die Fraktion DIE LINKE. dem Antrag aufgrund seiner positiven Zielsetzung zustimmen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßte, dass sich auch die Fraktion der SPD mit der wichtigen Frage eines offenen Umgangs mit Homosexualität im Sport beschäftigt. Die in dem Antrag aufgeführten Forderungen entsprächen weitestgehend denjenigen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Aufstockung der Gelder für die Antidiskriminierungsstelle sei notwendig, um den leider noch immer sehr ausgeprägten Tendenzen zu Homophobie und Diskriminierung im Sport entgegenzuwirken und die Mittel bereitzustellen, auf allen Ebenen des Sports die Sensibilisierung für das Thema zu fördern. Wünschenswert wäre an einigen Stellen eine Präzisierung der Forderungen bei der Bekämpfung der Homophobie gewesen, etwa die Einrichtung eines Nationalen Aktionsplans gegen Homophobie. Dies sei bereits Gegenstand der Forderungen eines Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus der vergangenen Wahlperiode gewesen (Bundestagsdrucksache 16/13394). Insgesamt aber fände der vorliegende Antrag der Fraktion der SPD die Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Berlin, den 22. Mai 2012

Klaus Riegert Berichterstatter	**Martin Gerster** Berichterstatter	**Dr. Lutz Knopek** Berichterstatter
Katrin Kunert Berichterstatterin	**Viola von Cramon-Taubadel** Berichterstatterin	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333